

# Beamte: CSU vertagt Arbeitszeit-Entscheidung

## Spitzenrunde in der Staatskanzlei einigt sich vorerst nicht auf Modell zur Rückkehr zur 40-Stunden-Woche

VON STEFFEN HABIT

**München** – Bayerns Beamte müssen sich bei der versprochenen Rückkehr zur 40-Stunden-Woche weiter in Geduld üben. Auch nach einem CSU-Spitzengespräch zeichnete sich noch keine konkrete Lösung zur Umsetzung ab: „Es sind keine Beschlüsse gefallen“, bestätigte Ingrid Heckner (CSU), Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes.

Gut eineinhalb Stunden tagte die Runde unter Leitung von Ministerpräsident Horst



**Georg Fahrenschnon,**

Finanzminister, stellte mehrere Rückkehr-Modelle vor.

Seehofer. Neben Heckner waren Finanzminister Georg Fahrenschnon, Fraktionschef Georg Schmid und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Georg Winter, in die Staatskanzlei gekommen.



**Rolf Habermann,**

Beamtenbund-Chef, rechnet mit einer raschen Lösung.

Zunächst stellte Fahrenschnon verschiedene Modelle für eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche vor. Dabei geht es um die Frage, ob bereits 2010 mit der Verkürzung der Arbeitszeit begonnen werden kann.

Die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche kostet den Freistaat rund 150 Millionen Euro im Jahr. Strittig ist auch, in welchen Schritten die Rückkehr erfolgt. Ein Modell sieht vor, die Arbeitszeit vier Jahre lang um jeweils eine halbe Stunde zu verkürzen. Im Gespräch ist auch eine Verkürzung in zwei Jahresschritten um jeweils eine Stunde. „Das Gespräch verlief sehr konstruktiv“, sagte Heckner. Ein neuer Beratungstermin wurde noch nicht vereinbart.

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) dringt auf eine rasche Lösung. „Der glaub-

würdigste Schritt wäre, 2010 mit der Arbeitszeitverkürzung zu starten“, sagte Rolf Habermann. Der BBB-Chef zeigte sich aber optimistisch, dass rasch eine vernünftige Lösung gefunden werde. Von der Arbeitszeitverkürzung wären rund 220 000 Beamte in Bayern betroffen – die Hälfte davon im Schuldienst.

Die FDP unterstützt grundsätzlich die Abschaffung der 42-Stunden-Woche, warnt jedoch vor übereilten Schritten: „Das wird eher in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode kommen“, sagte FDP-Finanzexperte Karsten Klein.